

Klartext 02/16

23. Februar 2016

Fachgespräch im Bundeskanzleramt: Zahn- und Mundgesundheit in der Einwanderungsgesellschaft

Heute, 23. Februar, fand ein gemeinsames Fachgespräch der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoğuz, und der Bundeszahnärztekammer mit weiteren Stakeholdern des Gesundheitswesens im Bundeskanzleramt statt.

Heute leben 20 Prozent Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Deutschland, bei unter Fünfjährigen sind es fast 30 Prozent. Aktuelle Forschungsergebnisse zeigen, dass Menschen mit Migrationshintergrund unterschiedliche Zugänge zu Gesundheitsangeboten – und teilweise auch andere Krankheitsbilder – haben. Daher wurde darüber diskutiert, wie insbesondere die Mundgesundheit von Migranten und ihren Kindern verbessert werden könnte. Themenschwerpunkte waren die Aufstellung einer validen Daten- und Forschungslage sowie mögliche Präventionsmaßnahmen zur Verbesserung der Mundgesundheit von Migranten.

BZÄK-Präsident Dr. Peter Engel verwies auf die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Datenbasis, um den Handlungsbedarf zu dokumentieren. Es müsse erreicht werden, dass diese Bevölkerungsgruppe gleichermaßen vom hohen Standard der zahnärztlichen Versorgung und der guten Mundgesundheit in Deutschland profitiere. Zugangsbarrieren zum Gesundheitssystem müssten langfristig abgebaut werden.

Insgesamt ist die Zahn- und Mundgesundheit, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, in Deutschland sehr gut. Allerdings konzentriert sich der Kariesbefall zunehmend auf einen kleinen Teil der Bevölkerung. Menschen mit Einwanderungsgeschichten gehören überproportional zu dieser Gruppe. Prof. Dr. Dietmar Oesterreich, BZÄK-Vizepräsident, betonte, dass um die Mundgesundheit von Migranten zu verbessern, leicht zugängliche Präventionsmöglichkeiten nötig seien. Dies sei ein Beitrag zur Teilhabe und zur Schulung der Gesundheitskompetenz schon von klein auf. Er erläuterte, welche Aktivitäten die Zahnärzteschaft bereits initiiert habe.

Im Rahmen der Veranstaltung bot die Deutsche Gesellschaft für Präventivzahnmedizin (DGZPM) an, eine AG „Interkulturelle Zahnmedizin“ ins Leben zu rufen, um dafür eine Plattform zu schaffen.

Staatsministerin Aydan Özoğuz sagte, wie bei Deutschen ohne Migrationshintergrund bestehe auch bei Familien mit Einwanderungsgeschichten ein Zusammenhang zwischen schlechter sozialer Lage und vergleichsweise schlechterem Gesundheitszustand. Das zeige auch, dass die Präventionsmaßnahmen – unabhängig von der Herkunft – bestimmte soziale Gruppen kaum erreichen, erklärte die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Umso optimistischer stimme sie die Erfahrung, dass aufsuchende Präventionsarbeit, wie sie das Projekt MiMi (Mit Migranten für Migranten) verfolge, nachweisbar erfolgreich seien, um eine bestimmte Gruppe zu erreichen. Klar sei doch: Alle Menschen – ob mit oder ohne Einwanderungsgeschichten – wollten die beste Zahn- und Mundgesundheit für sich und ihre Kinder, betonte Özoğuz. Ein Foto finden Sie zeitnah unter: www.bzaek.de/fileadmin/PDFs/klartext/16/Foto.jpg

Faktenblatt „Daten & Fakten“ erschienen

Die wichtigsten Kennzahlen zur zahnärztlichen Versorgung werden mit Infografiken und Tabellen im Faltblatt „Daten & Fakten“ präsentiert. Visualisiert sind u. a. die Entwicklung der Zahnarztzahlen, der Kariesbefall bei Jugendlichen im internationalen Vergleich sowie die Verteilung der Zahnärzte aufgeschlüsselt nach Regionen und Geschlecht. Die aktuelle Ausgabe steht online – auch in Einzeldateien – unter www.bzaek.de/wir-ueber-uns/daten-und-zahlen.html bereit. Die Broschüre ist zudem als Printversion erhältlich. Sie wird jährlich aktualisiert und gemeinsam von BZÄK und KZBV herausgegeben.

Tag der Seltenen Erkrankungen 2016

Mehr Aufklärung über Seltene Erkrankungen soll der Tag der Seltenen Erkrankungen, dieses Jahr am 29. Februar, bewirken. In Deutschland gibt es rund vier Millionen Menschen, die an einer seltenen Erkrankung leiden. Das Nationale Aktionsbündnis für Menschen mit Seltenen Erkrankungen (NAMSE) will eine bessere Versorgung für diese Patienten bewirken. Die BZÄK ist Mitglied im Aktionsbündnis und unterstützt die Aufklärung über seltene zahnmedizinische Erkrankungen. Mehr Infos über www.namse.de bzw. www.achse-online.de.

bzaek.de erneut ausgezeichnet

Die Website der BZÄK erfüllt alle Kriterien für qualitativ hochwertige Gesundheitsinformationen und Transparenz im Netz. Dies bescheinigte erneut das Aktionsforum Gesundheitsinformationssystem (afgis) e.V. und vergab sein Qualitätslogo. Zusätzlich ist die BZÄK-Site mit dem HONcode der Stiftung Health On the Net (HON) zertifiziert.

Vorankündigung: 11. Europatag der BZÄK

Am 01. Juni 2016 findet von 13:00 bis 17:00 Uhr der 11. Europatag der Bundeszahnärztekammer im Tieranatomischen Theater der Humboldt-Universität in Berlin statt. Er wird die aktuellen Entwicklungen rund um

die regulierten Berufe auf europäischer Ebene beleuchten. Weitere Informationen erhalten Sie über das Brüsseler Büro der BZÄK: info@bzaek.eu



Europäische Kommission legt Entwurf einer Quecksilberverordnung vor

Die Europäische Kommission hat am 02. Februar ein Gesetzgebungspaket zur Umsetzung der Minamata-Konvention der Vereinten Nationen vorgelegt, die das Ziel hat, den weltweiten Quecksilber-Verbrauch zu reduzieren. Bei den Kommissionsvorschlägen handelt es sich um den Entwurf einer Quecksilber-Verordnung sowie den Entwurf einer völkerrechtlich formal notwendigen Entscheidung des Rates, die Minamata-Konvention von Seiten der EU zu ratifizieren.

Der Verordnungsentwurf greift auch die Verwendung von Dentalamalgam auf. Die Europäische Kommission schlägt vor, dass ab dem 01. Januar 2019 EU-weit nur noch Dentalamalgam in verkapselter Form verwendet werden darf. Zudem müssen alle zahnmedizinischen Einrichtungen ab dann mit Amalgamabscheidern ausgestattet sein. Die Europäische Kommission rechnet damit, dass dadurch in den Zahnarztpraxen in der EU zusätzliche Kosten von 10 bis 58 Millionen Euro pro Jahr durch Installation und Wartung der Abscheider entstehen werden. Ein vollständiges Amalgamverbot wird von der Europäischen Kommission nicht anvisiert.

Für Deutschland bedeutet der Kommissionsvorschlag bis dato nur geringe Änderungen, da die deutschen Zahnarztpraxen bereits verpflichtend mit Amalgamabscheidern ausgerüstet sind. Nach Zahlen des Dentalhandels bestehen zudem lediglich sieben Prozent der Füllungen in Deutschland aus Amalgam.

Weiterführende Informationen unter: http://ec.europa.eu/environment/chemicals/mercury/ratification_en.htm